

Newsletter # 2 (31.10.02)

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute übersenden wir Ihnen den zweiten Newsletter der Informationsplattform Religion. Beachten Sie bitte auch die Hinweise am Ende.

1. Neue Seiten auf www.religion-online.info

Ramadan

Am 6. November beginnt der islamische Fastenmonat Ramadan.

Informationen zum Fasten, zum islamischen Kalender, zum Monat Ramadan sowie zu den zugehörigen Feiertagen

>> [islam](#) > [themen](#)

Kopftuch am Arbeitsplatz

Zum Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 10. Oktober 2002

>> [islam](#) > [themen](#)

Sufitum

Ergänzung der Links zu Sufi-Gemeinschaften und einführende Informationen

>> [islam](#) > [gemeinschaften](#)

2. Bremer Islamwoche

Die Bremer Islamwoche ist in vielen Punkten beispielgebend. Informationen zum Konzept.

>> [islam](#) > [aktuell](#)

Bundestagswahl 2002

Die Forschungsgruppe Wahlen hat Daten zum Wahlverhalten der Christen veröffentlicht

>> [christentum](#)

Tagungen

Die Seiten mit den kontinuierlich ergänzten Tagungsangaben ist nun leichter zu finden.

>> [info](#) > [tagungen](#)

Aktualisierungen

Eine Übersicht gibt jetzt Hinweise auf die vorgenommenen Ergänzungen des Internet-Angebots

>> [info](#) > [archiv](#)

2. Informationen

>> [Islam](#)

Neue Daten

Das Zentralinstitut Islam-Archiv in Soest veröffentlicht jährlich eine sog. Frühjahrsumfrage zum Islam in Deutschland.

Demnach ist die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime auf 3,45 Millionen gestiegen (2001: 3,24 Millionen, 2000: 3,04 Millionen). Das würde eine jährliche Steigerungsrate von 6,6 Prozent bedeuten. 74 Prozent der Mus-

lime fühlten sich ihrem Glauben verbunden (2000: 68 Prozent).

Von den 3,45 Millionen Muslimen gehören 81 Prozent dem sunnitischen und 19 Prozent dem schiitischen Islam an. Wie auch in den vergangenen Jahren werden die rund 400.000 Aleviten vom Zentralinstitut unter den schiitischen Islam subsummiert.

Derzeit leben rund 850.000 muslimische Kinder in

>> | **Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst e. V. REMID**
Wehrdaer Weg 16a – D-35037 Marburg – Tel. und Fax: 0 64 21 / 6 42 70
Bank: Sparkasse Marburg-Biedenkopf (533 500 00), Kto. 100 11 990
Informationsplattform: www.religion-online.info – REMID: www.remid.de

Deutschland (2000: 800.000), von denen sieben Prozent eine Koranschule besuchen (2000: ebenfalls sieben Prozent). 97 Prozent der islamischen Eltern sind für einen islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen (2000: 97,7 Prozent). 86 Prozent sind der Auffassung, dass die Moscheeverbände in die Konzeption und Durchführung einzubeziehen sind (2000: 90,9 Prozent). Nach der Umfrage auffallend gering ist die Zahl derjenigen, die am Freitagsgebet teilnehmen: die Besucherzahl beträgt laut Zentralinstitut 285.000 Gläubige in der Woche, das sind 8,25 Prozent.

Eine deutliche Tendenz zeigen die Zahlen zu Moscheen: Derzeit gebe es 77 "klassische Moscheen". 1996 waren es lediglich 26, 2000 bereits 66 und im Jahr 2001 70. Nach heutigem Stand seien 123 Moscheen in Bau oder in Planung.

Auch wenn die Angaben teilweise - wie bei der Gesamtzahl der Muslime - durch Schätzungen bzw. Hochrechnung anderer Daten entstanden sind, zeigen sie doch mindestens zwei Entwicklungen:

1. Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime steigt seit Jahren kontinuierlich an
2. Die öffentliche Präsenz der Muslime und die Forderung nach gesellschaftlicher Gleichbehandlung wird in Zukunft weiter wachsen, wie insbesondere die Zahl der sich in Planung befindlichen Moscheen zeigt.

Tag der offenen Moschee 2002: Offenbar nachlassendes Interesse

Nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 4. Oktober 2002 hat sich beim diesjährigen Tag der offenen Moschee ein nachlassendes Interesse der nichtmuslimischen Bevölkerung gezeigt. Dies legten Beobachtungen bei verschiedenen Moscheen in Frankfurt am Main nahe. Die lokalen Veranstalter verweisen aber auch darauf, dass die Terroranschläge vom 11. September 2001 vor einem Jahr zu einem regen Besucherandrang geführt hätten, der sich dieses Jahr nicht wiederholt habe.

Köln: Verbände einigen sich über Zentralmoschee

In Köln leben rund 100.000 Muslime, das sind 10 Prozent der Bevölkerung. Darüber hinaus aber ist die Stadt Sitz von islamischen Dachverbänden, auch wenn Milli Görüs vor kurzem ein Domizil vor den Toren der Stadt bezog. Es dürften diese Rahmenbedingungen gewesen sein, die die Stadt Köln bereits vor mehreren Jahren zu einem ungewöhnlichen Schritt veranlassten: Dem Angebot, ein Grundstück für eine repräsentative Zentralmoschee zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung müsse jedoch sein, dass diese Moschee von allen Kölner Muslimen genutzt werden könne, was konkret bedeute: an Planung und Betrieb der Moschee müssten alle islamischen Verbände beteiligt sein.

An dieser Forderung war das Projekt bislang gescheitert. Aus Kreisen der Verwaltung wurde den Muslimen unlängst bedeutet, dass bald eine Einigung hergestellt werden müsse, wenn man weiter auf die Unterstützung der Stadt setzen wolle. Anfang Oktober jedoch ist Bewegung in die Angelegenheit gekommen.

Zehn Kölner Verbände haben sich darauf verständigt, gemeinsam eine Trägergesellschaft für die in Aussicht stehende Zentralmoschee zu gründen. Gleichwohl sind nicht alle Verbände dabei. Das Problem heißt für einige - wie so oft - Milli Görüs. Für die Muslime sind es die Kon-

flikte in der Türkei, die auch in Deutschland ausgetragen werden, denn der vom türkischen Staat kontrollierte DITIB-Verband will sich an dem Projekt nicht beteiligen. Milli Görüs steht in Verbindung zu islamistischen Verbänden und Parteien in der Türkei, die unter anderem Kritik am laizistischen, d. h. auf Kontrolle der Religion(en) durch den Staat basierenden System in der Türkei üben. DITIB als deutscher Ableger der türkischen Religionsbehörde hat deshalb verständlicherweise Probleme, mit Organisationen zusammen zu arbeiten, die in der Türkei bekämpft werden.

Allerdings scheiden sich an Milli Görüs andere Geister. Die politisch Verantwortlichen sorgen sich um eine Dominanz von Milli Görüs. Ihre Kritik wird mit Verweis auf die Beobachtung des Verbandes durch den Verfassungsschutz begründet.

Diese Sorge wird von den Muslimen nicht geteilt. Die Moschee soll offen für alle sein, gleich ob Türken, Araber, Albaner oder Bosnier. Mit allergrößter Wahrscheinlichkeit werden die Ansprachen auf Deutsch gehalten, die Rezitation von Gebeten und Koran natürlich auf Arabisch.

Das für die Muslime wichtigste Problem ist nun die Standortfrage. Das von der Stadt Köln vorgeschlagene Grundstück im nördlichen Stadtteil Chorweiler liegt rund 10 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Eine repräsentative Zentralmoschee müsse sich im Zentrum der Stadt befinden, zumal dies auch unter dem Gesichtspunkt des Fremdenverkehrs sinnvoll sei, denn die neue Moschee wird Köln um eine Attraktion reicher machen.

Bürgerentscheid billigt Moscheebau

Am Sonntag, den 27. Oktober 2002, haben die Bürgerinnen und Bürger im osthessischen Schlüchtern entschieden: Die Ahmadiyya Muslim Jamaat darf im örtlichen Gewerbegebiet eine Moschee errichten. An der Abstimmung beteiligten sich 41,2 Prozent der 12.576 Wahlberechtigten. Eine eher knappe Mehrheit von 54,3 Prozent befürworteten die Pläne.

Bereits seit zwei Jahren währt der Konflikt. Ursprünglich wollten die Ahmadi-Muslime ihr für 100 Gläubige ausgelegtes Gebets- und Versammlungszentrum mit 10 Meter hohem Minarett im 1400 Einwohner zählenden Stadtteil Niedertzell errichten. Hier wurde eigens ein entsprechendes Grundstück erworben. Gegen diese Absichten regte sich jedoch Widerspruch unter der einheimischen Bevölkerung, der unter anderem auch von der örtlichen CDU getragen wurde. Man befürchtete einen überregionalen Treffpunkt "fanatischer Moslems" und ging gerichtlich gegen die Bauabsicht vor. Obwohl die Moschee-Gegner unterlegen waren, wollten die Ahmadis nicht um jeden Preis an ihrer Ortswahl festhalten. Darauf hin hat die Stadt den Bebauungsplan geändert, um die Errichtung der Moschee in einem Gewerbegebiet zu ermöglichen. Hiergegen entstanden jedoch neue Proteste, initiiert von den sog. Republikanern. Über ein Bürgerbegehren wollte man die vom Stadtparlament vorgenommene Änderung des Bebauungsplans rückgängig machen und auf diesem Weg die Moschee verhindern. Der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wie auch der Parteien - jetzt einschließlich der CDU - schien jedoch der erzielte Kompromiss endlich eine Lösung anzubieten, zumal bei der Verhinderung des Standorts im Gewerbegebiet auch die ursprünglichen Pläne wieder hätten aktuell werden können. Außerdem galt es mittlerweile offenbar, der sich wieder aufbauenden fremdenfeindlichen Stimmung Herr zu werden,

indem man die monatelange Diskussion endlich beendete.

So stimmte die Mehrheit der Bevölkerung mit "nein" - nein zur Änderung des Bebauungsplans und damit "ja" zum möglich gemachten Bau einer Moschee. Den Spitzenwert des "ja durch ein nein" erreichte der Ortsteil Niederzell: 93 Prozent wollten das neu geltende Baurecht nicht mehr ändern.

Eine Kurzinformation zur Ahmadiyya-Bewegung unter <http://www.religion-online.info/islam/gruppen/gruppen-sonder.html>

Vgl. auch Newsletter # 01

Rüsselsheim: Islamischer Kindergarten steht vor der Kippe

Im südhessischen Rüsselsheim, nahe Frankfurt am Main, hat der islamische Verein "Die Bienen" die Betriebserlaubnis für einen Kindergarten beantragt. Eine Genehmigung würde vor allem bedeuten, dass die Stadt den Kindergarten nach den gleichen Regeln finanziell unterstützt, wie sie für andere Kindergärten auch gelten, unabhängig davon ob sie in kommunaler, konfessioneller oder anderer privater Trägerschaft betrieben werden. Der Trägerverein des neuen geplanten islamischen Kindergartens, dem neben Deutschen bspw. auch Marokkaner und Franzosen angehören, verfügt seit zwei Jahren angemessene Räume, die seit Mai 2001 bereits entsprechend ausgestattet sind.

Für die Betriebserlaubnis ist letztlich das Hessische Sozialministerium zuständig. Hier wird bereits seit langem geprüft. Der Grund für die Zurückhaltung: Vermieter der Räume, in denen der Kindergarten untergebracht werden soll, ist der "Internationale Bildungsförderungsverein" (IBF). Dieser jedoch habe, so die Vertreter von Stadt und Land, personelle "Verflechtungen" mit der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs. Diese werde bekanntlich vom Verfassungsschutz beobachtet. Deshalb habe man eine Stellungnahme des Hessischen Innenministeriums angefordert.

Den "Bienen" läuft unterdessen die Zeit weg. Etliche der ursprünglich vorgesehenen Erzieherinnen sind ob des überlangen Genehmigungsverfahrens wieder abgesprungen. Außerdem fordert der IBF vom Kindergarten-Trägerverein ab nächsten Januar die Miete für die vorgesehenen Räume, die bislang angesichts des sich hinziehenden Verfahrens erlassen wurden. Vertreter der Stadt jedoch wären froh, wenn es dem Trägerverein gelänge, alternative Räumlichkeiten zu finden - so wird der Jugendamtsleiter in der Frankfurter Rundschau zitiert. Zu problematisch scheint es zu sein, wenn ein Milli-Görüs-naher Verein als Vermieter auftritt und zudem im gleichen Gebäude Räume nutzt.

Einige Materialien in Sachen Moscheebau und Integration von Muslimen

Die Zunahme der öffentlichen Präsenz von Muslimen in Deutschland zeigt sich, wie die Umfrage des Zentralinstituts Islam-Archiv deutlich macht, gerade auch in der Errichtung neuer Moscheen. Die im Newsletter aufgeführten aktuellen Beispiele aus Köln und Schlüchtern zeigen einen Teil der Probleme, die auftreten. Zugleich wird von verschiedenen Seiten immer wieder zur Intensivierung des Dialogs aufgerufen - nicht zuletzt, um eine Gettobildung der Muslime zu verhindern.

Zwei über das Internet verfügbare Publikationen zeigen praxisorientierte Ansätze für das Bemühen um Integration, die Anregungen für das Handeln vor Ort geben können. Die bereits 2001 durchgeführte Studie "Situation der islamischen Gemeinden in fünf europäischen Städten" des European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia EUMC (Europäisches Beobachtungszentrum für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit), einer von der Europäischen Union geförderten Einrichtung, zeigt zahlreiche Facetten der Strategien, die islamische Minderheit in die gesellschaftlichen und politischen Prozesse einzubetten.

Die im Sommer 2002 von der Bundesausländerbeauftragten herausgegebene Broschüre "Vom Dialog zur Kooperation - Die Integration von Muslimen in der Kommune" enthält ebenfalls wichtige Ansatzpunkte der Arbeit vor Ort. Außerdem gibt sie grundsätzliche Empfehlungen für künftige Initiativen der Integration von Muslimen. Der im August 2002 erschienene Bericht zur Lage der Ausländer in Deutschland enthält neben statistischen Angaben - die nicht nach Religionen, sondern nach Herkunftsländern aufgeschlüsselt sind - auch einen Abschnitt zur Bedeutung von Religion im Integrationsprozess

Homepage EUMC: <http://www.eumc.eu.int> - die Homepage ist derzeit nur auf Englisch verfügbar.

Studie "Situation der islamischen Gemeinden":

[http://eumc.eu.int/publications/report11-](http://eumc.eu.int/publications/report11-2001/Report112001_DE.pdf)

[2001/Report112001_DE.pdf](http://eumc.eu.int/publications/report11-2001/Report112001_DE.pdf) - PDF-Datei, deutscher Text, 0,4 MB.

Homepage Bundesausländerbeauftragte:

<http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de>

Broschüre "Vom Dialog zur Kooperation":

<http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/publikationen/diskussion12.pdf> - PDF-Datei, 0,9 MB

5. Bericht zur Lage der Ausländer:

<http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/publikationen/lage5.pdf> - PDF-Datei, 1,1 MB.

Außerst hilfreich ist außerdem die Studie "Der Weg zur Moschee - eine Handreichung für die Praxis", die von Claus Leggewie, Angela Jost und Stefan Rech im Auftrag der Herbert-Quandt-Stiftung durchgeführt und im Frühjahr 2002 veröffentlicht worden ist. Die Broschüre ist leider nur kostenpflichtig über die Stiftung zu erwerben (<http://www.h-quandt-stiftung.de>, dort unter Publikationen)

BAG-Urteil als Pyrrhussieg?

Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, nachdem eine Kündigung wegen des Tragens eines Kopftuchs als sichtbarem Zeichen islamischen Glaubens unzulässig ist, könnte sich für die im Oktober erfolgreiche Klägerin persönlich als Pyrrhussieg erweisen. Zwar hat das Kaufhaus im hessischen Schlüchtern, in dem die Muslima Fadime Carol bis zu ihrer Kündigung angestellt war, die Wiedereinstellung vorgenommen, aber in einer anderen Abteilung mit anderen Aufgaben.

Nach Aussage der Kaufhaus-Inhaberin sei in der Parfümerie-Abteilung, in der Carol bis zu ihrer Kündigung eingesetzt war, keinen Platz mehr frei. Während des Prozesses wurde auch die Ansicht geäußert, dass eine Frau eigentlich kein Parfüm verkaufen könne. Deshalb wird Carol jetzt in der Mode- und Strumpf Abteilung eingesetzt, wo sie sich auch korrekt und nach den Anweisungen der Firmenleitung verhalte. Allerdings sagt Fadime Carol, dass sie entgegen ihren früheren Aufgaben jetzt kaum noch Kundenkontakt habe, da sie die meiste Zeit in der Waren-

annahme eingesetzt sei und Preise auszeichne. Zudem werde sie von ihren früheren KollegInnen geschnitten. In dem Kaufhaus sind 90 Menschen beschäftigt. Die Einschätzung über die Reaktionen der Kunden gehen auseinander. Fadime Carol berichtet von großem Zu-

spruch der KundInnen, die Besitzerin des Kaufhauses verweist jedoch auf Briefe und Gespräche, in denen die Entscheidung des Arbeitsgerichts bedauert werde. Ob es konkrete Auswirkungen auf den Umsatz gibt, könne hingegen nicht gesagt werden.

>> Christentum

Bundesverwaltungsgericht: Kirchliches Selbstbestimmungsrecht erneut bestätigt

Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem Urteil vom 30. Oktober 2002 erneut das kirchliche Selbstbestimmungsrecht bestätigt. Nach dem Grundgesetz ordnen Religionsgemeinschaften ihre inneren Angelegenheiten selbst. Dazu gehört nach herrschender Rechtsprechung auch die kirchliche Gerichtsbarkeit. Das Bundesverwaltungsgericht hat deshalb die Klage eines Pfarrers in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) zurückgewiesen. Der Pfarrer wollte eine ihn betreffende Personalentscheidung - die mit Mängeln in der Amtsführung begründete Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand - von einem weltlichen Gericht überprüfen lassen. Demgegenüber sagt das Bundesverwaltungsgericht, dass insbesondere auch das Dienstrecht zum Kernbereich des Selbstbestimmungsrechtes der Kirche gehöre, in das ein Eingriff des Staates nicht vorgesehen sei, um die freie Entfaltung der Kirche nicht zu beeinträchtigen. Das Bundesverwaltungsgericht hat noch keine Presseerklärung zum Fall im Internet veröffentlicht. Aktenzeichen: BVerwG 2 C 23.01

Tischgebet im Kindergarten vor Gericht?

Im Kindergarten "Sonnenschein" in Wommelshausen - einem kleinen Ortsteil der Gemeinde Bad Endbach im Landkreis Marburg-Biedenkopf - wurde beinahe ein weiteres Kapitel in Sachen Staat und Religion geschrieben. Der Kindergarten befindet sich in kommunaler Trägerschaft. Täglich wird gemeinsam von Erzieherinnen und Kindern ein morgendliches Tischgebet gesprochen, um dem Gott (christl.) für die Mahlzeit zu danken. Dagegen will der Vater eines Kindes vorgehen. Seiner Meinung nach verträgt sich das christliche Gebet nicht mit der Trennung von Staat und Kirche. Zwar werde keines der Kinder zum Gebet gezwungen, doch durch den Gruppendruck und die im Gebet vermittelte grundsätzliche religiöse Orientierung finde eine Beeinflussung statt. Das sei in einem kommunalen Kindergarten aber nicht statthaft, denn hier müsse eine religionsneutrale Erziehung vermittelt werden.

Die Erzieherinnen sehen das anders. Eine religionsneutrale Erziehung sei nicht möglich. Im Konzept des Kindergartens heißt es, man grenze Religion nicht aus, sei sich jedoch der multikulturellen Vielfalt der Kinder bewusst und toleriere "anders geartete Religionen". Der Gemeindevorstand stützt die Praxis des Kindergartens. Der Aufforderung des Vaters an den Bürgermeister, dafür zu sorgen,

dass die Praxis des Tischgebets abgeschafft werde, folgte man daher nicht. Es gebe keinen Grund, "ohne Not" eine Änderung herbeizuführen. Der Vater könne sein Kind ja in einem anderen Kindergarten anmelden.

Bad Endbach gehört zum hessischen Hinterland, das evangelikal geprägt ist. Entsprechend waren die in den lokalen Zeitungen geäußerten Reaktionen der Bevölkerung, die von Unverständnis geprägt waren, gepaart mit Vermutungen, was die eigentlichen Ziele des als Unruhestifters eingeschätzten Vaters seien - und man wehrt sich gegen eine antichristliche Meinung, zumal das Gebet noch keinem geschadet habe.

Der Vater hatte eine Klage vor dem Landgericht Gießen angekündigt, um den Konflikt über die rechtliche Ebene zu entscheiden. Hauptargument für die Klage war die Kreuzfix-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, nach der Kreuze in Klassenzimmern öffentlicher Schulen nicht mit weltanschaulichen Neutralität des Staates vereinbar sind. Dies müsse in gleicher Weise für Kindergärten gelten. Der Vater wurde bei seinen Klageabsichten vom Ortsverband Marburg der Humanistischen Union unterstützt, und auch der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen steht hinter den Positionen des Klägers. Die Haltung der Humanistische Union wird in einer Presseerklärung vom 26.09.02 (<http://www.humarburg.de/hupm0402.htm>), die einen offenen Brief an den Bürgermeister von Bad Endbach erhält, noch einmal erläutert.

Nachdem die Fronten mehrere Wochen verhärtet waren, soll jetzt - Ende Oktober - doch noch eine einvernehmliche Lösung gesucht werden.

Religionspädagogik: Neuer Internetauftritt

Im Oktober hat die Evangelische Kirche in Deutschland ein neues Internet-Angebot für Religionspädagogik gestartet. Unter <http://www.rpi-virtuell.de> sollen Informationsangebote zum christlichen Religionsunterricht vernetzt werden. Die Seite ist nach Schulformen und Themen gegliedert.

Das Angebot befindet sich noch im Aufbau. In Bezug auf Schulformen gibt es zurzeit Inhalte für Berufsschulen und Materialien zu Abiturprüfungen. Ein breites Angebot findet sich im Bereich "Bibliothek". Hier sind bereits eine umfangreiche Linkliste sowie ein Stichwortverzeichnis online. Der Zielgruppe entsprechend sind die Einträge christlich-theologisch orientiert; trotzdem lohnt sich der Blick bei der Suche nach Einzelinformationen.

>> Judentum

Linktipp: Stichworte zum Judentum

Ein umfangreiches Verzeichnis zu jüdischen Begriffen bietet <http://israel-information.net/glossar/Index.htm>. In

unterschiedlicher Länge sind zahlreiche Begriffe erklärt, teilweise auch mit Verweisen auf weitere Texte aus dem Blickwinkel der verschiedenen jüdischen Traditionen.

>> Neue Religionen / Esoterik

Einreiseverbot für Mun verlängert

Das Einreiseverbot für den Gründer der Vereinigungskirche San Myung Mun, ist vom Bundesinnenministerium für weitere zwei Jahre bis zum 2. August 2004 verlängert worden. Zur Begründung heißt es im Schreiben des Ministeriums an den Anwalt der Vereinigungskirche vom 13.09.02: "Der Grund liegt darin, dass sich nach Auffassung der Bundesregierung die Vereinigungskirche nicht von ihrer konfliktträchtigen Grundlage entfernt hat. Das ihr innewohnende Konfliktpotential ist nur durch die Abwesenheit des Gründers und Oberhauptes des Herrn Mun und seiner Frau nicht manifest geworden."

siehe auch: >> [neuereligionen](#) > [aktuell](#)

Die Violetten: 2412 Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2002

Als neue Gruppierung ist die "Partei Alternative und Spirituelle Politik im Neue Zeitalter" zur Bundestagswahl angetreten, die sich kurz "Die Violetten" nennt. Violett ist die Farbe vieler esoterischer Gruppierungen, sie symbolisiert die Einheit von Gegensätzen.

Die Partei konnte nur in Nordrhein-Westfalen die notwendigen 2000 UnterstützerInnen-Unterschriften sammeln, sodass die Partei nur in diesem Bundesland zur Wahl antreten konnte. Hier erzielte die Partei 840 Erst und 2412 Zweitstimmen. Sitz der Partei ist Dortmund.

"Die Violetten" setzen sich für eine auf ganzheitlichem, spirituellem Fundament getragene Entwicklung von Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur ein. Der Materialismus der Gesellschaft müsse überwunden werden; die etablierten Parteien seien Teil dieses Systems und deshalb nicht wählbar. Das Parteiprogramm konzentriert sich auf die Bereiche Gesundheit (Krankheit als Ausdruck schlechten Karmas, Förderung alternativer Heilmethoden), Tierschutz / Vegetarismus und Ökologie (Boden, Wasser, Luft und Nahrung als "Geschenk des Göttlichen an alle Wesen"). Andere Punkte wirken eher zufällig (Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich, kapitalgedeckte Zusatzversorgung der Alterssicherung) oder an den Interessen der Partei orientiert (zum Beispiel Abschaffung der 5-Prozent-Hürde bei Wahlen, Darstellungsrecht weltanschaulicher Minderheiten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk). Anderes wiederum scheint deutlich von den Interessen und Fähigkeiten des Initiators und Vorsitzenden, Wolfgang Lissek, abgeleitet zu sein ("Warum die Evolution wahrscheinlich anders abgelaufen ist als sie im Biologieunterricht gelehrt wird). Lissek ist Lehrer und bietet zusammen mit seiner Frau Veranstaltungen im Bereich alternative Medizin sowie Radiästhesie und Elektrosmog an. Der Partei zugehörig sind mehrere Projekte: Die "spirituell-vegetarische Siedlung Neues Leben" in Lindenhurst bei Magdeburg bietet die Möglichkeit, gemeinsam mit Gleichgesinnten ein Wohnareal aufzubauen. "Man kann dort Land preisgünstig erwerben oder pachten und sich ein Häuschen darauf bauen". Weiterhin gibt es eine Partnerschaftsvermittlung sowie eine "Dienstleistungs- und Fernsehfilm-GmbH BEWUSSTEIN". Als Trägerin dieser Initiativen tritt das "Zentrum für spirituelle Entwicklung" auf. Die Verantwortlichkeit für das Zentrum hierfür liegt bei Friedhelm Wegner, der zugleich Bundessekretär der Partei "Die Violetten" ist. Wegner selbst hat jahrelang die Partei "Neues Bewusstsein" (Sitz: Bochum) geführt, die sich ergebnislos um politische Erfolge bemühte. Mit der

Gründung der Lissek-Partei hat "Neues Bewusstsein" den Übertritt zu den "Violetten" vollzogen.

Offensichtlich wird die Partei vom Engagement einiger Einzelpersonen getragen; die finanziellen Mittel sind begrenzt (die Zusendung der Satzung erfordert die Beigabe des Rückportos), und Veranstaltungen werden in privaten Räumlichkeiten durchgeführt.

Der äußeren Form nach weist die Satzung der "Violetten" aber bereits Strukturen einer Massenpartei auf, wie die Organisationsbestimmungen der Satzung (der Delegiertenschlüssel kennt Regelungen bis zu 40.000 Mitgliedern pro Landesverband) zeigen. Die Verantwortlichen gehen davon aus, dass die 10 Millionen Menschen, die in Deutschland nach verschiedenen Umfragen an Reinkarnation glauben, zur potenziellen Wählerschaft zählen können, auch wenn diese aufgrund ihrer religiösen oder weltanschaulichen Bindungen derzeit meist andere Parteien wählen.

Demgegenüber benennt die Webseite der "Violetten" 352 Mitglieder (Stand: Juli 2002). Landesverbände gibt es in Bayern, Berlin, Hessen und Saarland, wobei die Bundespartei auch als Landesgruppe für Nordrhein-Westfalen fungiert, zusätzlich gibt es einige Arbeitskreise zu den genannten Politikbereichen, deren Leiter alle dem Bundesvorstand angehören.

Homepage: <http://www.die-violetten.de>

Astrologie als Fiktion

In ihrer Rubrik "Studie des Monats" stellt die Gesellschaft für Anomalistik den Beitrag "Astrologie - eine nützliche Fiktion" vor. Jenseits von Tatsachenbehauptung astrologischer Wirkungsmechanismen und naturwissenschaftlicher Widerlegung schlägt der Autor - selbst Astrologe - vor, Astrologie als vom Menschen gemachte Fiktion zu analysieren. Als "work in progress" könne Astrologie positiv an offenen Lebensentscheidungen beteiligt sein. Der Autor nimmt auf den Konstruktivismus Bezug. Das solle verhindern, dass Astrologie von esoterisch-totalitären Denkweisen vereinnahmt wird.

Der Beitrag wird in der "Zeitschrift für Anomalistik" erscheinen; als Studie des Monats kann er mitsamt kritischen Kommentaren und einer Replik des Autors als PDF-Datei heruntergeladen werden.

<http://www.anomalistik.de> -

http://www.anomalistik.de/sdm_weidner.pdf

Esotera verkauft - Weiterer Schritt des Niedergangs?

Bereits das Cover der Oktober-Ausgabe verrät es: Die Esotera hat einen neuen Besitzer. Im Zuge der Pleite des Hermann-Bauer-Verlages in Freiburg, dem führenden Verlag für esoterische Literatur in Deutschland, stand auch die Zeitschrift Esotera zum Verkauf. Angeblich zu einem "Schnäppchenpreis" - so ein Bericht in der neuen Ausgabe der "Connection" - ging das Blatt an den Verlag Heide + Partner GmbH in Berlin über, der bislang vor allem im Zeitschriftenvertrieb aktiv war.

Die Esotera war lange Zeit die führende Zeitschrift in Sachen Spiritualität und Esoterik. In guten Zeiten betrug die Auflage über 65.000 Exemplare; nach einem neueren Artikel in der Wochenzeitung "Die Zeit" waren es zuletzt rund 50.000. Markenzeichen der früheren Esotera war eine relativ distanzierte Haltung in Bezug auf die unter-

schiedlichsten Phänomene, zugleich haben sich die Beiträge durch große Sachkenntnis ausgezeichnet. Das Studium der Esotera war immer gut, um auf neue Trends in der Szene aufmerksam zu werden. Gleichwohl galt das Image der Zeitschrift als verstaubt, so dass der Verlag bereits vor gut zwei Jahren im Kontext seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein "Lifting" besonderer Art verordnet hatte: Gesundheit und Wellness auf spirituellem Hintergrund, weg von den komplizierten Themen für Randgruppen. Die "neue esotera" erhielt dem entsprechend den Untertitel "Gesundheit - Spiritualität - Lebensfreude" und zeichnete sich optisch durch hübsche Bilder von zufriedenen Menschen aus, die neue Formen der Gymnastik, der Ernährung, kurz: der gesunden, spirituell angehauchten Lebensweisen praktizierten. Selbst Themen wie "die neuen Hexen" (Nr. 1/2002) wurden unter dem Label "ganzheitliche Gesundheit" angekündigt. Als Herausgeber fungierte der in der Esoterik-Szene angesehene Ruediger Dahlke, der aber mit der redaktionellen Gestaltung nichts zu tun gehabt haben soll.

Der Wechsel zum neuen Besitzer, sichtbar geworden in der Oktober-Ausgabe 2002, zeichnet sich äußerlich vor

allem durch eine mehr als schlechte handwerkliche Qualität aus. Offensichtlich waren die neuen Macher überfordert und haben vergessen, dass zur Zielgruppe junger, gutverdienender Menschen (Frauen), die Angebote des expandierenden Wellness-Marktes wahrnehmen, auch eine entsprechende optische Animation gehört. Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die "persönliche Leidensgeschichte" von Sugata W. Schneider, dem Herausgeber der Zeitschrift "Connection", in der neuesten Ausgabe vom November. Schneider berichtet über eine gescheiterte Zusammenarbeit im Vertrieb sowie über Pläne, dass die Connection die redaktionelle Verantwortung der Esotera übernehmen könnte. Beides hat sich zerschlagen, weil die neuen Esotera-Besitzer lieber in eigener Verantwortung handeln wollten - wozu auch gehört, dass von der bisherigen Redaktion niemand übernommen werden sollte. Ob damit aber das bisherige Konzept der Esotera aufgehen kann, ist durchaus fraglich. Die Internet-Seiten <http://www.esotera.de> bzw. <http://www.esotera-magazin.de> geben noch den Stand von August und September wieder. Informationen zum Übergang in einen neuen Verlag finden sich nicht.

>> Etwas anderes...

Halloween nicht nur im Rheinland

Halloween wird immer mehr zu einem Bestandteil der säkularen Festkultur in Deutschland. Insbesondere Kindern macht das Spiel mit dem Schrecken der ausgeschnittenen Kürbispflanzen Spaß, aber auch Erwachsene freuen sich am neuzeitlichen Halloween-Horror.

Halloween geht auf ein keltisches Fest zum Sommerende zurück, das in Irland verbreitet war. In der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November wollen sich die Toten der Körper der Lebenden bemächtigen, was diese durch die Verkleidung als Geister abzuwenden suchten. Nach der Christianisierung Irlands integrierte die Kirche den Brauch als Vorabendfest zu Allerheiligen. Durch irische Auswan-

derer gelangte Halloween im 19. Jahrhundert nach Amerika, wo es ähnlich dem Karneval gefeiert wird. Eine interessante Webseite bietet das Rheinische Institut für Landeskunde. Unter "Halloween im Rheinland" finden sich neben Veranstaltungshinweisen und der Diskussion der Frage, warum Halloween gerade im närrischen Rheinland so gut ankommt, eine Reihe guter Analysen, die bei Nicht-Rheinländern und Nicht-Karnevalisten das Verständnis für die roten Kürbisköpfe erhöhen können. Die Startseite gibt leider nicht den kompletten Überblick, deshalb auf "Sitemap" gehen und nach den interessanten Themen suchen.

<http://www.halloween-im-rheinland.de/index.html>

3. Tagungen

Die Tagungen und Veranstaltungen sind in chronologischer Reihenfolge aufgeführt

2. Bremer Islam-Woche

Bremen, 1. bis 7. November 2002

Veranstalter: Vereine, Verbände und Organisationen in Bremen unter Schirmherrschaft des Präsidenten des Bremer Senats

Informationen: Planungsgruppe der Islam-Woche, Senatskanzlei, Annette Yildirim

Am Markt 21, 28195 Bremen

<mailto:info@bremerislamwoche.de>

<http://www.bremerislamwoche.de>

Leben unter dem Halbmond

Zur Lage der Christen in der Türkei

Mülheim an der Ruhr, 12. November 2002

Veranstalter der Abendakademie: Katholische Akademie in Kooperation mit dem Arbeitskreis Integration im Bistum Essen

Information und Anmeldung:

Die Wolfsburg – Katholische Akademie

Falkenweg 6, 45478 Mülheim an der Ruhr
Tel.: 02 08 / 99 91 90, Fax: 02 08 / 99 91 91 10

<mailto:wolfsburg@bistum-essen.de>

<http://www.die-wolfsburg.de>

Krieg gegen den Terror?

Zum Friedensgutachten 2002

Schmitt, 15. bis 16. November 2002

Veranstalter und Information: Evangelische Akademie Arnoldshain

Martin-Niemöller-Haus, 61389 Schmitt

Tel.: 0 60 84 / 94 41 25, Fax: 0 60 84 / 94 41 38

<mailto:office@evangelische-akademie.de>

<http://www.evangelische-akademie.de>

Religion in der modernen Stadt

Bonn, 14.-16. November 2002

Internationales Symposium in Bonn - Religiöse Repräsentanten und Experten aus Eriwan, Ulan Bator, Buchara

und Bonn diskutieren über die Herausforderungen der Moderne.

Als Rahmenprogramm organisiert der Arbeitskreis Religiöse Topographie Köln/Bonn e. V. eine Ausstellung über Religionsgemeinschaften in Bonn.

Veranstalter:

Kulturamt der Stadt Bonn, Evangelisches Forum Bonn, Katholisches Bildungswerk Bonn, Religionswissenschaftliches Seminar der Universität Bonn.

[>> mehr Informationen](#)

**Säkulare Ordnung und religiöser Glaube
Christen und Muslime im Dialog zwischen Tradition
und Moderne in einer sich globalisierenden Welt**

Loccum, 22. bis 24. November 2002

Internationale Tagung in Kooperation mit der Deutschen UNESCO-Kommission. Gefördert durch das Auswärtige Amt. Leitung: Christine M. Merkel (UNESCO), Dr. Fritz Erich Anhelm. Konferenzsprachen: Englisch und Deutsch. Informationen und Anmeldung:

Ev. Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehberg-Loccum.

Tel.: 0 57 66 / 81-101, Fax: 0 57 66 / 81-900

<http://www.loccum.de>

<mailto:Petra.Fleischer@evlka.de>

**Integration durch Partizipation
Interkulturelle Ansätze im Jugendschutz**

Hannover, 3. Dezember 2002

Veranstalter: Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS), Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ)

Information und Anmeldung:

Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS)

Leisewitzstraße 26, 30175 Hannover

Tel.: 05 11 / 85 87 88, Fax: 05 11 / 2 83 49 54

<mailto:info@jugendschutz-niedersachsen.de>

<http://www.jugendschutz-niedersachsen.de>

oder

Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ)

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: 0 30 / 40 04 03 00, Fax: 0 30 / 40 04 03 33

<mailto:info@bag-jugendschutz.de>

<http://www.bag-jugendschutz.de>

Intercultural America

International Symposium

Mainz, 12. bis 15. Dezember 2002

Informationen und Veranstalter:

Universität Mainz, FB 14 - Amerikanistik, Prof. Dr. Alfred Hornung

Jakob Welder-Weg 18, 55099 Mainz, Tel. 06131/39 22146 /-23535

Rückkehr zur völkischen Religion?

Glaube und Nation im Nationalsozialismus und heute

Rüdesheim / Rhein, 31. Januar bis 2. Februar 2003

Veranstalter: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main in Kooperation mit der Ev. Akademie Arnoldshain, der Katholischen Akademie Rabanus Maurus, den Referenten für Weltanschauungsfragen der evangelischen und katholischen Kirchen

Information und Anmeldung: Lutz Becht, Institut für Stadtgeschichte

Müngasse 9, 60311 Frankfurt am Main

Tel.: 0 69 / 2 12 – 3 82 41, Fax: 0 69 / 2 12 – 4 44 39

<mailto:lutz.becht@stadt-frankfurt.de>

**Realitäten und Perspektiven eines "europäisch"
geprägten Islam**

Brühl, 10. – 13. Juni 2003

Veranstalter und Information: Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung

Willy-Brand-Str. 1, 50321 Brühl

Tel.: 0 18 88 / 6 29 - 82 50 und – 82 40, Fax: 0 18 88 / 6 29 90 20

<mailto:owk@fwbund.de>

<http://www.bpb.de>

Religion(en) im Konflikt

Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Religionsgeschichte

Erfurt, 28. September bis 1. Oktober 2003

Historische und gegenwärtige Aspekte werden auf mehreren Panels unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten diskutiert.

Informationen und Anmeldung:

Universität Erfurt, Religionswissenschaft

Postfach 900 221, 99105 Erfurt

Tel.: 03 61 / 7 37 - 41 20 - Fax: 03 61 / 7 37 - 41 29

<mailto:religion.konflikt@uni-erfurt.de>

http://www.uni-erfurt.de/religion_im_konflikt

Alle Angaben sind nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Eine Haftung für die Richtigkeit oder für die Inhalte von angegebenen Links kann nicht übernommen werden.

Dieser Newsletter steht ab 01.11.02 auch auf den Internet-Seiten der Informationsplattform im Bereich Archiv zur Verfügung. Die Tagungsankündigungen finden Sie im neuen Bereich Tagungen.

Wenn Sie technische Probleme haben und den Newsletter lieber im Nur-Text-Format zugesendet haben möchten, teilen Sie uns dies bitte mit.

Unterstützen sie die Arbeit an der Informationsplattform, indem Sie

- Mitglied im Verein REMID werden
- diesen Newsletter selbst weiter verbreiten
- die Seite www.religion-online.info verlinken
- uns Informationen (Pressemitteilungen, Newsletter etc.) und Ihr Feedback zukommen lassen.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr beziehen möchten, senden Sie einfach eine formlose eMail.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Rink
(Projektleitung)

----->>
> REMID / Informationsplattform Religion
> Wehrdaer Weg 16a - 35037 Marburg
> Tel.: 0 64 21 / 6 42 70 und 93 10 57
> Fax: 0 64 21 / 6 42 70
> www.religion-online.info / www.remid.de
> kontakt@religion-online.info